

Ausdruck der elektronischen Lohnsteuerbescheinigung für 2018

Nachstehende Daten wurden maschinell an die Finanzverwaltung übertragen.

Herr

Juan Enriquez Lage

Principe de Vergara 225 1E

28016 Madrid

Spanien

Geburtsdatum

31.05.1983

Geburtsname

Personal-Nr. / eindeutiges Ordnungsmerkmal

Enriquez

eTIN

NRQZJNAU83E31B

Identifikationsnummer

78294601036

Art der Lieferung

Neulieferung

gültig ab 01.01.2018	Steuerklasse	1	Faktor
	Zahl der Kinderfreibeträge		0,0
	Kirchensteuermerkmale	Arbeitnehmer	--
		Ehegatte/Lebenspartner	
	Steuerfreier Jahresbetrag	EUR	
	Hinzurechnungsbetrag	EUR	

Arbeitgeber:

Steuernummer

215/5796/3604

Name

urbanegestalt PartGmbB

Straße

Brüsseler Str.

Haus-Nr.

89

Haus-Nr.-Zusatz

- 93

Adresszusatz

Postleitzahl (Inland)

50672

Ort

Köln

Postleitzahl (Ausland)

Staat

Telefon

0221-912891-0

Finanzamt, an das die Lohnsteuer abgeführt wurde:

Name

Köln-Mitte

Nummer

5215

Transfertiicket:

der Datenübermittlung

et0302py5vj4xd13hs50qkd6i3n5xwmu

Datum

30.01.2019

der Protokollabholung

et0360gf6fbxn150qbxawwph3182mf19

Datum

05.02.2019

NW

KmID:

KmId

2018-LST-NRQZJNAU83E31B-01013103-5215057963604-Enriquez-20190130-114010

Referenz-KmId

1. Bescheinigungszeitraum	vom - bis 01.01 - 31.03		
2. Zeiträume ohne Anspruch auf Arbeitslohn	Anzahl "U"		
Großbuchstaben (S, M, F, FR)			
3. Bruttoarbeitslohn einschl. Sachbezüge ohne 9. und 10.	EUR	Ct	
	8723	08	
4. Einbehaltene Lohnsteuer von 3.	1202	82	
5. Einbehaltener Solidaritätszuschlag von 3.	66	14	
6. Einbehaltene Kirchensteuer des Arbeitnehmers von 3.			
7. Einbehaltene Kirchensteuer des Ehegatten/Lebenspartners von 3. (nur bei Konfessionsverschiedenheit)			
8. In 3. enthaltene Versorgungsbezüge			
9. Ermäßigt besteuerte Versorgungsbezüge für mehrere Kalenderjahre			
Zu 9.: maßgebendes Kalenderjahr des Versorgungsbeginns			
10. Ermäßigt besteuarter Arbeitslohn für mehrere Kalenderjahre (ohne 9.) und ermäßigt besteuerte Entschädigungen	EUR	Ct	
11. Einbehaltene Lohnsteuer von 9. und 10.			
12. Einbehaltener Solidaritätszuschlag von 9. und 10.			
13. Einbehaltene Kirchensteuer des Arbeitnehmers von 9. und 10.			
14. Einbehaltene Kirchensteuer des Ehegatten/Lebenspartners von 9. und 10. (nur bei Konfessionsverschiedenheit)			
15. (Saison-)Kurzarbeitergeld, Zuschuss zum Mutterschaftsgeld, Verdienstausfallentschädigung (Infektionsschutzgesetz), Aufstockungsbetrag und Altersteilzeitzuschlag			
16. Steuerfreier Arbeitslohn nach	Doppelbesteuerungs-abkommen (DBA)		
	Auslandstätigkeitserlass		
17. Steuerfreie Arbeitgeberleistungen für Fahrten zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte			
18. Pauschalbesteuerte Arbeitgeberleistungen für Fahrten zwischen Wohnung und Tätigkeitsstätte			
19. Steuerpflichtige Entschädigungen und Arbeitslohn für mehrere Kalenderjahre, die nicht ermäßigt besteuert wurden - in 3. enthalten			
20. Steuerfreie Verpflegungszuschüsse bei Auswärtstätigkeit			
21. Steuerfreie Arbeitgeberleistungen bei doppelter Haushaltsführung			
22. Arbeitgeberanteil / -zuschuss	a) zur gesetzlichen Rentenversicherung	811	25
	b) an berufsständische Versorgungseinrichtungen		
23. Arbeitnehmeranteil	a) zur gesetzlichen Rentenversicherung	811	25
	b) an berufsständische Versorgungseinrichtungen		
24. Steuerfreie Arbeit-geberzuschüsse	a) zur gesetzlichen Krankenversicherung	636	78
	b) zur privaten Krankenversicherung		
	c) zur gesetzlichen Pflegeversicherung	111	22
25. Arbeitnehmerbeiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung		715	29
26. Arbeitnehmerbeiträge zur sozialen Pflegeversicherung		133	03
27. Arbeitnehmerbeiträge zur Arbeitslosenversicherung		130	85
28. Beiträge zur privaten Kranken- und Pflege-Pflichtversicherung oder Mindestvorsorgepauschale			
29. Bemessungsgrundlage für den Versorgungsfreibetrag zu 8.			
30. Maßgebendes Kalenderjahr des Versorgungsbeginns zu 8. und/oder 9.			
31. Zu 8. bei unterjähriger Zahlung: Erster und letzter Monat, für den Versorgungsbezüge gezahlt wurden	vom	bis	
32. Sterbegeld; Kapitalauszahlungen/Abfindungen und Nachzahlungen von Versorgungsbezügen - in 3. und 8. enthalten	EUR	Ct	
33. Ausgezähletes Kindergeld			
34. Freibetrag DBA Türkei			
Anzahl der Arbeitstage			



3

**Bundesagentur für Arbeit**

Agentur für Arbeit Köln

Agentur für Arbeit Köln, 50575 Köln

Mein Zeichen: 357D594440

(Bei jeder Antwort bitte angeben)

Telefon: 0800 4 5555 00*

* Der Anruf ist für Sie kostenfrei.

357D594440

Herrn
Juan Enriquez Lage
Principe de Vergara 225
28016 MADRID
SPANIEN

Datum: 13. März 2019

Leistungsnachweis über die dem Progressionsvorbehalt unterliegenden gewährten Leistungen nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) für das Kalenderjahr 2018

Sehr geehrter Herr Enriquez Lage,

die Träger der Sozialleistungen haben die Höhe und Zeiträume der dem Progressionsvorbehalt unterliegenden Leistungen, die sie gewährt haben, elektronisch unter Angabe der Steuer-Identifikationsnummer (Steuer-ID) bis zum letzten Tag des Monats Februar des Folgejahres an die Finanzverwaltung zu übermitteln (§ 32b Abs. 3 des Einkommensteuergesetz in Verbindung mit §93c Abs. 3 Abgabenordnung).

Zu jeder betroffenen Leistung von der Bundesagentur für Arbeit wird aus den an Sie ausgezahlten und von Ihnen zurückgezahlten Leistungsbeträgen ein Leistungssaldo gebildet. Sind Ihnen Leistungen zugeflossen, so erfolgt zusätzlich die Angabe des jeweiligen Leistungszeitraums.

Folgende Daten wurden am 24. Januar 2019 unter Angabe der Steuer-ID 78294601036 für das Kalenderjahr 2018 übermittelt. (Transferticket: et0665ntqiae3y601vk80cfeveuomzc4)

Leistungsart	Arbeitslosengeld
Leistungssaldo	7.580,34 EUR
Leistungszeiträume	05.04.2018 - 01.11.2018
Dienststelle	Agentur für Arbeit Köln ¹

¹ Details zu den zuständigen Dienststellen entnehmen Sie bitte den begründenden Unterlagen (z.B. Bewilligungs-, Erstattungsbescheid oder Zahlungsaufforderung) oder wenden Sie sich an die Arbeitnehmer-Hotline (0800 4 5555 00*).

Die aufgeführten Leistungssalden können auch Beträge, die an Dritte gezahlt wurden, sonstige Kürzungsbeträge, sowie von Dritten eingezahlte Rückzahlungsbeträge enthalten.

Eine Aufhebung der Bewilligung hat keine Auswirkungen auf die bescheinigten Leistungszeiträume. Bei Bedarf weisen Sie aufgehobene Leistungszeiträume und eventuell zurückgezahlte Beträge der Finanzverwaltung im Rahmen Ihrer Einkommensteuererklärung durch Vorlage der zugrundeliegenden Aufhebungsbescheide und der entsprechenden Zahlungsbelege nach.

Regelmäßig wiederkehrende Leistungen, wie z.B. Arbeitslosengeld, Teilarbeitslosengeld, Übergangsgeld und Entgeltsicherung für ältere Arbeitnehmer, die für das abgelaufene Kalenderjahr gezahlt worden sind, und die Sie bis zum 10.01. des folgenden Jahres erhalten haben, sind steuerrechtlich dem abgelaufenen Kalenderjahr zuzurechnen. Sollten Ihnen Teilbeträge der Leistungen nicht wie bescheinigt zugeflossen sein, weisen Sie dies bitte dem Finanzamt im Rahmen der Einkommensteuererklärung nach.

Wichtige Hinweise:

Die bezogene Leistung ist steuerfrei (§ 3 Nr. 2 und Nr. 2a Einkommensteuergesetz). Die Leistungssalden werden jedoch bei der Ermittlung des Steuersatzes berücksichtigt, dem Ihr übriges steuerpflichtiges Einkommen unterliegt (Progressionsvorbehalt). Geben Sie bitte deshalb diese Beträge in Ihrer Einkommensteuererklärung an und legen Sie auf Verlangen der Finanzverwaltung dort diese Bescheinigung vor. Sofern Sie nicht bereits aus anderen Gründen zur Einkommensteuer veranlagt werden und deshalb eine Einkommensteuererklärung abzugeben haben, sind Sie zur Abgabe einer Einkommensteuererklärung jedenfalls dann verpflichtet, wenn die bezogenen Leistungen, ggf. zusammen mit anderen dem Progressionsvorbehalt unterliegenden Leistungen, die Sie oder Ihr nicht dauernd getrennt lebender Ehegatte/Lebenspartner im selben Kalenderjahr erhalten haben, 410 Euro übersteigen.

Heben Sie deshalb diesen Nachweis für eine eventuelle Vorlage beim Finanzamt gut auf.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre Agentur für Arbeit



Finanzamt, Postfach 130164, 50495 Köln
18 2FC9 7191 66 9004 48E3

DV 10.19 0,80 Deutsche Post



*5737*0017550*28*5999*

Ortiz Lopez
Sergio
Stapelkai 3
50735 Köln

Bescheid

für 2018 über
Einkommensteuer
und Solidaritätszuschlag

als Empfangsbevollmächtigter für

Herrn Juan Enriquez Lage
Principe de Vergara 225 , 28016 Madrid, Spanien

Festsetzung

Art der Festsetzung
Der Bescheid ist nach § 165 Abs. 1 Satz 2 AO teilweise vorläufig.

Festsetzung

	Einkommensteuer €	Solidaritäts- zuschlag €	Insgesamt €
Festgesetzt werden	467,00	0,00	
Abzug vom Lohn	-1.203,00	-66,14	
verbleibende Beträge	-736,00	-66,14	-802,14
Abrechnung in € nach dem Stand vom 21.10.19 abzurechnen sind	-736,00	-66,14	-802,14
bereits gezahlt	0,00	0,00	0,00
dennach zu viel gezahlt	736,00	66,14	802,14

Über eine etwaige Verrechnung des Restguthabens mit Gegenansprüchen erhalten Sie eine besondere Mitteilung.
Der darüber hinausgehende Betrag wird erstattet auf das Konto mit der IBAN
DE66 3706 0993 4817 7536 00 bei PSD Bank Köln (BIC: GENODEF1P13), sofern er mindestens 1,- € beträgt.

***** Fortsetzung siehe Seite 2 *****

Konto der Finanzkasse:

Kreditinstitut:
BBk Köln
IBAN DE66 3700 0000 0037 0015 02 BIC MARKDEF1370

Weitere Informationen auf der letzten Seite oder im
Internet unter www.finanzverwaltung.nrw.de

>>> WinGF <<< *62.374*

053425

Besteuerungsgrundlagen

Berechnung des zu versteuernden Einkommens

	€	Insgesamt €
Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit		
Bruttoarbeitslohn	8.723	
ab		
Werbungskosten		
Wege zwischen Wohnung und erster Tätigkeitsstätte		
Entfernungspauschale für 60 Tage		
Wege mit sonstigen Verkehrsmitteln		
60 Tage x 2 km x 0,30 EUR	36,00	
Entfernungspauschale	36	
insgesamt	-36	
Aufwendungen für Arbeitsmittel	-110	
weitere Werbungskosten	-16	
Summe der Werbungskosten	162	
mindestens jedoch Arbeitnehmer-Pauschbetrag	-1.000	
Einkünfte	7.723.	7.723

Summe der Einkünfte	7.723.	7.723
Gesamtbetrag der Einkünfte		7.723

Sonderausgaben

ab beschränkt abziehbare Sonderausgaben		
Summe der beschränkt abziehbaren Sonderausgaben		-1.046
ab unbeschränkt abziehbare Sonderausgaben		
Summe der unbeschränkt abziehbaren Sonderausgaben	0	
mindestens jedoch Sonderausgaben-Pauschbetrag		-36
Einkommen / zu versteuerndes Einkommen		6.641

Berechnung der Einkommensteuer

zu versteuern mit Progressionsvorbehalt gemäß § 32b EStG		
nach dem Grundtarif	6.641.	7,0459 v.H.
festzusetzende Einkommensteuer		467

Berechnung des Solidaritätszuschlags

	€
festzusetzende Einkommensteuer	467
Bemessungsgrundlage	467
Solidaritätszuschlag unter Berücksichtigung der Freigrenze	0,00

Steuerbelastung

Ihre Einkommensteuerbelastung (467,00 €) bezogen auf das
zu versteuernde Einkommen (6.641 €) beträgt 7,03 %.

Dabei wurde bereits vorher für die Berechnung Ihres zu versteuernden Einkommens der
Gesamtbetrag der Einkünfte (7.723 €) um abziehbare Aufwendungen
(z. B. Vorsorgeaufwendungen u. a.) in Höhe von insgesamt 1.082 € gemindert.

Bescheid für 2018 über Einkommensteuer und Solidaritätszuschlag vom 28.10.2019

Erläuterungen

Dieser Festsetzung liegen Ihre am 27.05.2019 um 13:01:06 Uhr in authentifizierter Form übermittelten Daten zugrunde.

Bitte bewahren Sie diesen Bescheid auf. Er dient auch als Einkommensnachweis zur Vorlage bei anderen Behörden (z.B. für Erziehungsgeld/Elterngeld, Leistungen nach dem BAföG).

Der Arbeitslohn, die einbehaltene Lohn- und Kirchensteuer, der einbehaltene Solidaritätszuschlag und/oder die Sozialversicherungsbeiträge wurden entsprechend den vom Arbeitgeber elektronisch übermittelten Daten bzw. den Eintragungen auf der Besonderen Lohnsteuerbescheinigung angesetzt. Anstelle der anzuerkennenden Werbungskosten ist der höhere Arbeitnehmer-Pauschbetrag abgezogen worden.

Die Günstigerprüfung hat ergeben, dass die Ermittlung der abziehbaren Vorsorgeaufwendungen nach der Rechtslage 2004 zu einem günstigeren Ergebnis führt.

Falls Sie beabsichtigen, gegen diesen Einkommensteuerbescheid Einspruch einzulegen oder einen Antrag auf schlichte Änderung zu stellen, sollten Sie die Belege zu Ihrer Steuererklärung, die zu dieser Steuerfestsetzung geführt hat, bis zum Abschluss des Rechtsbehelfs- bzw. Änderungsverfahrens aufbewahren. Steht diese Steuerfestsetzung unter dem Vorbehalt der Nachprüfung (§ 164 AO), sollten die Belege bis zur Aufhebung bzw. bis zum Entfallen des Vorbehalts der Nachprüfung aufbewahrt werden. Belege, die für mehrere Jahre von Bedeutung sind (z.B. ärztliche Atteste), sollten entsprechend länger aufbewahrt werden. Aufbewahrungspflichten nach §§ 147, 147a AO oder anderen gesetzlichen Vorschriften (z.B. § 14b UStG, § 50 EStDV) bleiben unberührt.

Leistungen nach § 32b Abs. 1 Nr. 1 EStG (z.B. Lohnersatzleistungen) in Höhe von 7.580 € wurden mit 7.580 € in die Berechnung des Steuersatzes einbezogen (Progressionsvorbehalt, § 32b EStG).

Sollten Sie vermögenswirksame Leistungen angelegt haben, können Sie ggf. die Festsetzung der Arbeitnehmer-Sparzulage noch bis zum 31.12.2022 beantragen, wenn Sie bis zum 31.12.2020 in die elektronische Datenübermittlung eingewilligt und dem Anbieter Ihre Identifikationsnummer mitgeteilt haben.

Sie waren für 2018 von Amts wegen zur Einkommensteuer zu veranlagern. Geben Sie bitte ab dem Veranlagungszeitraum 2019 eine Einkommensteuererklärung ab.

Die Festsetzung der Einkommensteuer ist gemäß § 165 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 AO im Hinblick auf die Verfassungsmäßigkeit und verfassungskonforme Auslegung der Norm vorläufig hinsichtlich

- des Abzugs einer zumutbaren Belastung (§ 33 Abs. 3 EStG) bei der Berücksichtigung von Aufwendungen für Krankheit oder Pflege als außergewöhnliche Belastung
- der Abziehbarkeit der Aufwendungen für eine Berufsausbildung oder ein Studium als Werbungskosten oder Betriebsausgaben (§ 4 Absatz 9, § 9 Absatz 6 EStG).

Die Festsetzung des Solidaritätszuschlags ist gem. § 165 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 AO hinsichtlich - der Verfassungsmäßigkeit des Solidaritätszuschlaggesetzes 1995 vorläufig.

Die Vorläufigkeitserklärung erfasst sowohl die Frage, ob die angeführten gesetzlichen Vorschriften mit höherrangigem Recht vereinbar sind, als auch den Fall, dass das Bundesverfassungsgericht oder der Bundesfinanzhof die streitige verfassungsrechtliche Frage durch verfassungskonforme Auslegung der angeführten gesetzlichen Vorschriften entscheidet (BFH-Urteil vom 30. September 2010 - III R 39/08-, BStBl 2011 II S. 11). Die Vorläufigkeitserklärung erfolgt lediglich aus verfahrenstechnischen Gründen. Sie ist nicht dahin zu verstehen, dass die im Vorläufigkeitsvermerk angeführten gesetzlichen Vorschriften als verfassungswidrig oder als gegen Unionsrecht verstoßend angesehen werden. Soweit die Vorläufigkeitserklärung die Frage der Verfassungsmäßigkeit einer Norm betrifft, ist sie außerdem nicht dahingehend zu verstehen, dass die Finanzverwaltung es für möglich hält, das Bundesverfassungsgericht oder der Bundesfinanzhof könne die im Vorläufigkeitsvermerk angeführte Rechtsnorm gegen ihren Wortlaut auslegen. Sollte aufgrund einer diesbezüglichen Entscheidung des Gerichtshofs der Europäischen Union, des Bundesverfassungsgerichts oder des Bundesfinanzhofs diese Steuerfestsetzung aufzuheben oder zu ändern sein, wird die Aufhebung oder Änderung von Amts wegen vorgenommen; ein E I N S P R U C H ist daher insoweit N I C H T E R F O R D E R L I C H.

Datenschutzhinweis:

Informationen über die Verarbeitung personenbezogener Daten in der Steuerverwaltung und über Ihre Rechte nach der Datenschutz-Grundverordnung sowie über Ihre Ansprechpartner in Datenschutzfragen entnehmen Sie bitte dem allgemeinen Informationsschreiben der Finanzverwaltung. Dieses Informationsschreiben finden Sie unter www.finanzamt.de (unter der Rubrik "Datenschutz") oder erhalten Sie bei Ihrem Finanzamt.

Rechtsbehelfsbelehrung

Die Festsetzung der Einkommensteuer und des Solidaritätszuschlags können mit dem Einspruch angefochten werden.

Ein Einspruch ist jedoch ausgeschlossen, soweit dieser Bescheid einen Verwaltungsakt ändert oder ersetzt, gegen den ein zulässiger Einspruch oder (nach einem zulässigen Einspruch) eine zulässige Klage, Revision oder Nichtzulassungsbeschwerde anhängig ist. In diesem Fall wird der neue Verwaltungsakt Gegenstand des Rechtsbehelfsverfahrens. Dies gilt auch, soweit sich ein angefochtener Vorauszahlungsbescheid durch die Jahressteuerfestsetzung erledigt.

Der Einspruch ist bei dem vorbezeichneten Finanzamt schriftlich einzureichen, diesem elektronisch zu übermitteln oder zur Niederschrift zu erklären.

Die Frist für die Einlegung eines Einspruchs beträgt einen Monat.

Sie beginnt mit Ablauf des Tages, an dem Ihnen dieser Bescheid bekannt gegeben worden ist. Bei Zusendung durch einfachen Brief gilt die Bekanntgabe mit dem dritten Tag nach Aufgabe zur Post als bewirkt, es sei denn, dass der Bescheid zu einem späteren Zeitpunkt zugegangen ist.

Zu Ihrer Information:

Wenn Sie beabsichtigen, einen Einspruch elektronisch einzulegen, wird empfohlen, den Einspruch über 'Mein ELSTER' (www.elster.de) oder jede andere Steuer-Software, die die Möglichkeit des elektronischen Einspruchs anbietet, zu übermitteln.

weitere Informationen

Öffnungszeiten:

Allgemeine Sprechzeiten
Mo.- Fr. 8.30 - 12.00 Uhr
Di. 13.30 - 15.00 Uhr
und nach Vereinbarung

Service- / Informationsstelle
Mo.- Fr. 7.30 - 12.00 Uhr
Di. 13.30 - 15.00 Uhr

Nahverkehrsanbindung:

U-Bahn Linien 12 und 15 bis Haltestelle Lohsestraße

